



Der Steinarbeiter

Organ des Zentralverbandes der Steinarbeiter Deutschlands

„Der Steinarbeiter“ erscheint einmal wöchentlich am Sonnabend. Abonnementspreis durch die Post inkl. Bestellgeld vierteljährlich 1.20 Mk. Nichtverbandsmitglieder haben direkt bei der Post zu bestellen.

Redaktion und Expedition:
Leipzig
Seifert Straße 32, IV., Volkshaus
Telephonat 158.

Anzeigen: An Gebühren werden von Privaten 40 Pfg. für die einseitige Zeile oder deren Raum berechnet. — Inserate werden nur gegen vorherige Einzahlung des Betrages aufgenommen. „Der Steinarbeiter“ ist unter Nr. 7528 der Zeitungs-Postliste eingetragen.

Nr. 33.

Sonnabend, den 17. August 1918.

22. Jahrgang.

Siebenter Verbandstag 1918.

Der Vorstand hat in gemeinsamer Sitzung mit dem Verbandsrat beschlossen, den siebenten Verbandstag in Leipzig am 24. Oktober und folgende Tage stattfinden zu lassen.

- Die provisorische Tagesordnung lautet:
1. Erledigung der geschäftlichen Angelegenheiten.
 2. Bericht des Vorstandes.
 3. Statutenberatung.
 4. Tarifwesen und Leuerungszulagen.
 5. Steinindustrie und Handelspolitik.
 6. Unser gewerkschaftliches Arbeitsprogramm.
 7. Sozialpolitische Forderungen.
 8. Allgemeine Wahlen.
 9. Anträge die durch die Tagesordnung nicht erledigt sind.
 10. Zur Vorbereitung des Verbandstages ist diesmal die Zeit kürzer haben demzufolge die Zahlstellen die Pflicht sich zu den Wahlen bereit zu halten. In der Nummer 34 des „Steinarbeiter“ vom 24. August erscheint der Antrag des Vorstandes auf Statutenänderung nebst Begründung, sowie die Wahlkreiserteilung, so daß die Zahlstellen mit dem Antrag und der Kandidatenaufstellung besetzt werden können. Bis zum 7. September müssen die Vorschläge der Kandidaten zu den Delegiertenwahlen im Zentralbureau eingegangen sein. Anträge zur Tagesordnung sind bis zum 21. Sept. stellen. Vom 15. bis zum 22. Sept. finden die Wahlen der Delegierten statt. Näheres dazu bringt das Wahrgesamt.
- Der Vorstand. J. A. P. Statte.

Zur Einleitung der vierten Leuerungszulagenbewegung.

Seit Ausbruch des Krieges ist eine ständige Steigerung der Kosten der Lebenshaltung zu beobachten. Allen Gegenmaßnahmen zum Trotz sind nicht nur die Preise für die notwendigen Nahrungsmittel von einer Ernte zur andern gestiegen, so daß sie fast durchweg heute das Vielfache des Wertes vor Kriegsausbruch kosten, sondern in gleicher Weise auch die Kosten aller andern Verbrauchsgegenstände, der Bekleidung, der Heizung, der Beleuchtung und alles dessen, was zum Leben notwendig ist, in die Höhe getrieben worden. Die Kriegswucherer fanden immer wieder ein Hinterlächeln, daß sie die Bestimmungen über die Höchstpreise, die Verordnungen gegen den Wucher, die Verbote gegen den Preisverhöhen und den Handel zu umgehen wußten. Und nun auch da und dort einmal ein Individuum, das die Ausbeutung des Volkes allzu schamlos und offen betrieb, in den Straßen dieser Verbote und Verordnungen händeln ließ, so war das für zehn andere nur ein Anlaß, sich das mehr in acht zu nehmen als der erwählte Sünder und mit größerer Vorliebe den erlassenen Bestimmungen immer wieder ein Schnippen zu erlassen. Die beherrschende Wirtschaftlichkeit des Verordnungsnetzes machte diesen Schädlingen das Handwerk leicht, und der Mangel an vielen Lebensmitteln und Bedarfsartikeln als Folge der Unterbindung der Einfuhr aus dem Ausland, der besonders die besser situierten Volksschichten veranlaßte, diese Waren zu jedem Preise „von hinten rum“ aufzukaufen, leistete den Kriegswucherern Vorwand zu ihrem dunklen Treiben.

Unter dieser ununterbrochenen Preissteigerung haben natürlich die Volksschichten, die schon vor dem Kriege vom Lohn wenig oder nichts erübrigen und auf die höchsten Anteile kommen, weil er nur den notwendigen Lebensbedürfnissen gerecht wurde, am schwersten zu leiden. Sie leben aus der Hand in den Mund und hatten nichts, von dem bei der wachsenden Leuerung hätten zehren können. Die Lage davon mußte die weitere Einschränkung der Lebenshaltung sein, die nur durch Verhinderung jeder Neuananschaffung von Kleidung, Wäsche, Hausrat und andern Bedarfsgegenständen und dadurch erreicht werden konnte, daß der Haushalten fester gezogen wurde. So kam es, daß weite Teile des Volkes heute stark unterernährt und in ihrer Bedienung arg abgerissen sind. Gegenmaßnahmen waren besonders in der ersten Zeit des Krieges, als das Wirtschaftswesen völlig gelähmt war und große Massen von Arbeitskräften brach lagen, außerordentlich schwer durchführbar. Erst mit dem gewaltigen Aufschwung der Kriegsindustrie und mit dem langsamen Aufleben der Produktionszweige, die zwar unmittelbar für Kriegszwecke arbeiten, die aber doch durchweg durch die Kriegsindustrie mittelbar befördert und gefördert werden, das Heer der Arbeitslosen immer mehr einem winzigen Häuflein zusammenschmolz, konnten entscheidende und wirksame Schritte zu einer gewissen Anpassung der Löhne an die neuen Preisverhältnisse durchgeführt werden. Daß ein vollständiger Ausgleich aber leider fast in keinem Falle gelang, darüber ist sich die Arbeitererschaft durchwegs klar.

In andern Volksschichten, besonders in denen des organisierten Unternehmertums, sucht man es freilich anders darzustellen, und man jammert, in den höchsten Tönen patriotischer Entrüstung über die „hohen Löhne“ der Arbeitererschaft. Ja, manche Kriegswucherer und Volkssaußbeuter bringen es sogar fertig, nach Art der Spitzhüben, der bei seiner Flucht aus den Bestrafen „Galt den Dieb!“ schreit, auf diese angeblich hohen Löhne hinzuweisen und sie für die Wirkungen des eigenen schamlosen Treibens verantwortlich zu machen. Es ist daher gut, wenn man diesem verlogenen Gebaren mit schlagendem Material zu begegnen vermag.

Die Steigerung der Lebensmittelpreise hat seit 1914 rasant in erschreckender Weise zugenommen. Die Reichsstatistik zeigt, die den Kostenaufwand für die Ernährung der vier Köpfe starken Familie darstellt, stellte sich für den Monat Juni 1914 auf 24,73 M. pro Woche. Dieser Durchschnitt

stieg im Juni 1918 auf 57,60 M. Die Steigerung belief sich somit gegenüber dem Jahre 1914 auf 32,87 M. pro Woche. Das heißt also, um dieselben Lebensmittel pro Woche zu kaufen, die im Jahre 1914 = 24,73 M. kosteten, müssen jetzt 57,60 M. angelegt werden. Die Kollegen verhehlen sich nicht, daß ein großer Teil unter den Steinarbeitern in normalen Zeiten schon nicht in der Lage war, pro Woche für Lebensmittel 24,73 M. auszugeben zu können, aber um wieviel größer muß die Einschränkung sein, wenn dabei die seit 4 Jahren eingetretene Leuerung berücksichtigt wird.

Nach einer neueren Zusammenstellung der Preise der wichtigsten Lebensmittel im Verkaufsgebiete des großen Konsumvereins Leipzig-Plagwitz ergibt sich eine prozentuale Steigerung der Preise gegenüber jenen vor dem Krieg in folgender Weise:

Marmelade	211 Proz.	Butter	141 Proz.
Runkelrübe	58	Weizenmehl	30
Syrup	70	Margarine	140
Sauerkraut	165	Limburger Käse	80
Zwiebeln	233	Schweinefleisch	360
Speiseöl	250	Weizengröb	120
Herings	400	Wasserlewaren	46
Blutlinge	1400	Gerstengraupen	66
Hahnhühner	100	Hafersabrate	25
Kondens. Milch	300	Kartoffeln	233
Eier	357	Bohnen	361
Brot	46	Gerstenmehl bzw.	
Fleisch	284	Bohnenmehl	1470
Erbsen	400		

Berücksichtigt wird diese ungeheure Preissteigerung der notwendigen Lebensmittel noch dadurch, daß die von ihnen benötigten Mengen meist gar nicht zu haben sind und an deren Stelle Ersatzmittel von viel geringerem Gebrauchswert und zu noch viel höheren Preisen treten. Es ist insoweit nicht zuviel gesagt, wenn man die durchschnittliche Steigerung der erforderlichen Ausgaben allein für die notwendigen Lebensmittel mit rund 200 Proz. seit Kriegsbeginn ansieht. Von sonstigen Genussmitteln ganz abgesehen.

Die Leihung des Zentralverbandes der Steinarbeiter Deutschlands hat auf vielfachen Antrag der Zahlstellen hin beschlossen, an die Unternehmer das Ersuchen zu stellen, daß die Leuerungszulage in zwei Staffeln insgesamt um 30 % erhöht wird. Die 30% Zuschlag sind als Erhöhung auf die bisherigen Grundlöhne gedacht. In der Steinindustrie wurden bisher 3 Leuerungszulagenbewegungen durchgeführt, die 2 ersten Bewegungen brachten je 10 %, bei der 3. Verhandlung konnten im Durchschnitt 20 % erzielt werden. Es ist einsehend, daß eine Zulage von 40 % für die jetzigen Verhältnisse viel zu gering ist. Gewiß haben wir in den Städten durchwegs mehr erreicht, das liegt auch daran, daß in den Städten naturgemäß die Löhne höher sein müssen als wie auf dem Lande, und daß ferner im allgemeinen städtische Unternehmer Arbeiterforderungen zugänglicher sind, als wie die Herren Unternehmer, die auf dem Lande ihre Betriebe unterhalten. Unter Berücksichtigung der jetzigen Lebensmittelpreise, ferner unter Berücksichtigung der Preise für Schuhwerk und Bekleidungsartikel, wird wohl kein einsichtiger Mensch behaupten können, daß eine Leuerungszulage von insgesamt 70 % etwa zu hoch wäre. Daß die neu beantragte Zulage von 30 % die Preissteigerung wettmachen kann, ist ja völlig ausgeschlossen. Die Unternehmer in der Steinindustrie werden bei der 4. Leuerungszulagenbewegung wiederum große Schwierigkeiten machen. Es wird sicherlich auf die schlechte Rentabilität dieser Industrie verwiesen werden. Wir können jenen Einwand aber nicht gelten lassen, denn es muß gesagt werden, daß leider die Steinindustriellen auf die Preispolitik für Steinprodukte Einfluß gewinnen wollen. Der bekannte Mannheimer Stadtkaufmann Perry hat kürzlich eine Aufstellung erlassen über die Preissteigerungen im Baugewerbe. Diese Steigerung betrug:

für den Kubikmeter Mauerwerk	94 %
für Betonarbeiten	103 %
für Schmiebearbeiten	175 %
für Minkersteine	165 %
für Steinmearbeiten	30 %

Auffällig ist, daß die Preise für Steinmearbeiten bloß um 30% in die Höhe gegangen sind. Dabei kommt ja für die Steinarbeiter am besten zum Ausdruck, wie schwer sie bei der Durchführung der Leuerungszulagen zu kämpfen haben. In der Steinindustrie fehlt unternehmerseitig jeder Zusammenhang (die Pfasterwerke und die Granitflößereien ausgeschlossen), auf die Preisbildung einzuwirken. Aber wir sehen nicht, daß die übrigen Steinindustriellen eine großzügige Organisation ins Leben rufen würden, um den Kampf gegen die zutage tretenden wirtschaftlichen Schäden aufzunehmen. Bei den übrigen Gruppen des Baugewerbes sind die Preise enorm in die Höhe gegangen, in der Steinindustrie wird die Unterbietung weitergeführt, weil man damit rechnet, daß die Arbeiter mit geringeren Löhnen zufrieden sind. Die Unternehmer verweisen immer darauf, daß in der Steinindustrie die Möglichkeit noch nicht bestünde, regelnd auf die Preispolitik einzuwirken. Jene Anschauung müssen wir befreiten. Wenn aber die steinindustrielle Organisation jenen Programmpunkt nicht erfüllen kann, so können sich deshalb die Steinarbeiter nicht dauernd mit niedrigen Löhnen abfinden lassen. Unsere Kollegen in den Zählstellen werden deshalb ihren Herren Arbeitgebern unverzüglich die Forderungen unterbreiten, daß die bisherigen Zulagen in 2 Staffeln um 30 % erhöht werden. Dort aber, wo die Kollegen noch durch

Abmachungen gebunden sind, kann natürlich diese Forderung zur Zeit noch nicht gestellt werden. Die Kollegen in jenen Zählstellen werden darüber unruhig sein, indem wir aber zu zentralen Verhandlungen bisher nicht gekommen sind, werden bei jeder Leuerungszulagenbewegung noch einige Abmachungen weiterlaufen. Das trifft besonders für die Kollegen in der Schieferbranche zu. Im übrigen wird die Verhandlungsbemühung sein, die Forderung, welche direkt an die Kollegenkreise stammt, mit Nachdruck zu unterstützen.

Zur Beitragserhöhung.

Westfront, den 1. 8. 18.

Widriger Umstände halber erhalte ich erst heute die letzten 3 Nummern unseres Fachorgans, in denen ich mit Freude die Frage der Beitragserhöhung angeschritten finde. Leider läßt es mein derzeitiger Dienst wie auch die ganz primitive Unterkunft nicht zu, dieser aktuellen Sache ausgiebig näherzutreten. Deshalb nur einige Zeilen:

Daß eine Erhöhung wirklich nötig ist, wird ja wohl keiner Begründung mehr bedürfen. Nur möchte ich nicht zugleich auch einer Erhöhung sämtlicher Unterstützungssätze das Wort reden, denn dadurch würde doch der eigentliche Zweck der Erhöhung zum größten Teil wieder illusorisch gemacht. Den Kampffonds zu stärken, muß doch der Zweck sein. Ueber Unterstützungssätze, deren Erhöhung oder Ausdehnung usw. zu beraten, ist später noch Zeit und Gelegenheit, jetzt gilt es, die alte Kampfstärke wiederzugewinnen und womöglich noch zu erhöhen, um den sicher zu erwartenden scharfen Lohnkämpfen gewachsen zu sein. Sollten jetzt schon die Unterstützungen einer Aenderung unterworfen werden, so ist meine Ansicht die, daß dies nicht ohne gründliche Aussprache, also nicht ohne Verbandstag geschehen soll, wenn nicht Differenzen schädlicher Art daraus entstehen sollen. Eine Erhöhung der Beiträge zu dem Zweck der Stärkung des Kampffonds ohne andere größere Aenderungen der Statuten wird ohne nennenswerte Reibungen durch Urabstimmung oder durch Beiratsbeschluss geschehen können. Hohe Unterstützungssätze sind nicht gleichbedeutend mit hoher Kampfstärke, höhere Maßregelungs- und aus solcher hervorgegangener Notwendigkeit einer Notstandsunterstützung in ebenfalls erhöhten Sätzen, möchte ich dabei ausgenommen wissen. Alle anderen Sparten von Unterstühtungen haben wenig Einfluß auf Kampfstärke und Schlagfertigkeit. In zu hohen Sätzen sind diese, wie Erfahrungen zeigen, von lähmender Wirkung. (?) Kurz gesagt, ich würde vorschlagen, recht bald an die Beitragserhöhung heranzutreten, die allgemeine Erhöhung der Unterstühtungen aber dem jeder bald nach Friedensschluss zusammen tretenden Verbandstag vorzubehalten. Des Krieges Wirkung und deren Folgen können dann besser übersehen und in Rechnung gestellt werden. Gerne würden auch wir, die wir nun schon über vier Jahre aus dem Verbandsleben ausgeschaltet sind, bei so grundlegenden Fragen wie die der Unterstühtungshöhe mitraten. Nicht aus Mistrauen den Kollegen gegenüber, denen wir für die Erhaltung unserer Organisation zu großem Dank verpflichtet sind, sondern im Interesse aller läge es doch, wenn auch wir mitwirken könnten.

Sollte der Krieg nicht auch in den Reihen der Steinarbeiter die Erkenntnis zeitig haben, daß nur Einigkeit stark macht? Sollen wir solche Einigkeit nicht auch im Kampf gegen das Kapital, im Ringen um Brot und Freiheit bewahren können? Ein sehr trauriges Kapitel zu lesen ist ferner, wenn Zentrale oder Zahlstellenleitungen Klage führen müssen, daß „Reklamierende“ oder „Entlassene“ den Weg zur Organisation nicht finden. Diesen Kollegen das Fallgitter ihrer Handlung oder Unterlassung vor Augen zu führen, muß die erste Arbeit der Zahlstellenleitungen sein. Eine Karte an einen Kollegen, der nach im Heeresdienste steht, mit der Mitteilung, daß der Reklamierende oder Entlassene den Verband im Stich läßt, wird genügen, um diesen von seiner früheren und nun noch im Kampf stehenden Kollegen bekehren und bekehren zu helfen. Wenn so Hand in Hand gearbeitet würde, müßten Erfolge nicht ausbleiben.

Kaver Senf.

Nummern, den 3. 8. 18.

Besten Dank für Zufendung des „Steinarbeiter“, treue mich, denselben stets pünktlich zu erhalten. Zur Erhöhung der Verbandsbeiträge haben sich bis jetzt sehr wenig Kollegen geäußert; jedenfalls werden sich in nächster Zeit mehr Stimmen hören lassen. Ich finde es höchst notwendig, daß die Beiträge erhöht werden, wenn unser Kampffonds für die Zukunft auf der Höhe gehalten werden soll. Wir werden größeren Kämpfen als den vergangenen entgegengehen, das soll jedem Kollegen einleuchten. Beraten doch seit langem die Unternehmer, wie sie nach dem Kriege die Löhne „abbauen“ können. Da die Lebensmittel und sonstigen Bedürfnisse der Minderbemittelten ins ungeheure gestiegen sind, ist es selbstverständlich, daß von einer beträchtlichen Senkung der Löhne keine Rede sein kann. Um nun für die nach dem Kriege eintretenden Lohnkämpfe finanziell gerüstet zu sein, muß jeder Kollege dahin wirken, daß die Beiträge erhöht werden. Selbstredend ist unser Unterstützungswesen ebenfalls reformbedürftig. Einen Verbandstag halte ich nicht für notwendig. Die Zentralleitung hat in dieser schweren Zeit ihre Pflicht voll und ganz getan, sie wird auch in diesem Punkt das Richtige finden. Ich hoffe, daß die Zentralleitung in kürzester Zeit mit den nötigen Unterlagen an die Kollegen herantritt.

Wolfs Obermeister.

Eintr., den 5. August 18.

Mit Bewunderung verfolge ich die Korrespondenzen in unserem Fachblatt, in dem sich die Zahlstellen so eifrig über die Beitragserhöhung äußern. Ich stelle daher die Frage, zu welchem Zwecke die Beitragserhöhung notwendig ist. Sollen eventuell unsere Kampfmittel gestärkt werden, oder soll es nur ein Ausgleichkapital werden? Den Kampf nach dem Kriege stelle ich mir in einem anderen Sinne vor, und zwar in keiner so schlimmen Weise, wie uns dies geschildert wird. Die Reihen der Landstrasse sind völlig verkommen, auch ist die Ausbildung der Lehrlinge sehr im Rückgang gekommen. Inwiefern sollte uns denn ein Kampf bevorstehen?

Auch bewundere ich ein Schreiben über die Einführung des Einheitsstarifs und bedauere die Zustimmung der Kollegen, denn dadurch verschwindet der freie Arbeiter von der Bildfläche. (Zu „Redaktion“) Durch die Einführung des Einheitsstarifs unterliegen wir der Unternehmung.

Matthias Schmidt.

(In vorstehende Zeilen müssen wir doch eine kurze Bemerkung anknüpfen. Die Steinmehlen in Einbeet erhalten einschließlich der Leuerungszulage einen Stundenlohn von 1,60 M. Sollen bei diesem Lohn die Kollegen nicht etwa eine Beitragserhöhung von 20 Pf. beitragen können? Was dann über den Einheitsstarif gesagt wird, wollen wir erst nicht werten. Red.)

Die Leipziger Baummesse.

In den Rahmen der diesjährigen Herbstmesse wird eine sogenannte "Messe für Bau- und Wohnungswesen" eingeschaltet. Die Baummesse soll in erster Linie auf die Rohmaterialien, wie Ton, Sand, Kies, Gestein usw., dann Bagger, Transporteinrichtungen (Eisen-, Drahtseilbahnen), allen Bedarf für die Einrichtung von Ziegeln, Kalk, Kalkstein, Zement, Gipswerten und dergleichen, ferner die Bauausführung von der Gründung des Baumwerkes bis zur Schlüsselübergabe, die Inneneinrichtung, von der Installation von Gas, Wasser und Licht bis zur völligen Wohnbereitschaft des Hauses erstrecken. Auch das Gebiet der Architektur, die Baugestaltung, wird großen Raum einnehmen, denn hier werden diese Pläne und Modelle, besonders für den Kleinwohnungs- und Industriebau zeigen, zwei Gebiete, die jetzt im Vordergrund des Interesses stehen. Die Architekturabteilung der Baummesse, an deren Spitze der Leipziger Stadtbaurat C. J. Bühring steht, hat jetzt einen Aufruf an die deutschen Architekten erlassen zur Einreichung von Entwürfen und Modellen, die besonders sich auf den Kleinwohnungs-, Fabrik- und Geschäftsbau beziehen. Während der Baummesse-Woche wird auch eine Bauinteressentenlagung abgehalten. In diesem Tage werden öffentliche Vorträge über zeitgemäße Baufragen gehalten. Der Rat der Stadt Leipzig hat den für diese Zwecke vorzüglich geeigneten Raum in der Alten Handelsbörsen zur Verfügung gestellt. Dieses Gebäude liegt mitten im Meßverkehr. Die Vorträge haben die Eigenart, daß sie nicht für einen begrenzten Fachkreis bestimmt sind, sondern die Vorträge öffentlich sind, und demzufolge dem Baufachmann wie jedem Bauinteressenten gleiches Interesse bieten sollen. Außerdem werden folgende Verbände Versammlungen abhalten: Am 26. August Verband Deutscher Steinholzfabrikanten; am 22. August Zentralverband Deutscher Zementwaren- und Kalksteinfabrikanten; Deutscher Zementfabrikantenbund; Verein Rhein-Wesf. Verbandsgemeinschaft; am 30. und 31. August Verband vereinigter Baumaterialienhändler Deutschlands. Leider haben wir noch nichts vernommen, daß sich die Steinmaterialien an der Baumesse beteiligen. Hier könnte der Deutsche Steinindustriellen-Verband wirklich fördernd wirken.

Nationaler und internationaler Arbeiterjug.

Schon in den Anfängen der kapitalistischen Wirtschaftsmacht sah die Notwendigkeit herbeizuführen, die Arbeiter und Arbeiterinnen gegen die Ausbeutung des Kapitals zu schützen und ihre wirtschaftliche Lage zu verbessern. Das Kapital betrieb mit brutaler Rücksichtslosigkeit einen Raubbau an der Gesundheit, der Arbeitskraft, der Leistungsfähigkeit und dem Lebensglück seiner Lohnsklaven. Es bestand die Überzeugung, daß das Proletariat dauernd und unrettbar in körperlicher, geistiger und sittlicher Verfall geraten werde, wenn nicht Maßnahmen getroffen würden, um die Vererbung der Massen zu verbessern. So kam denn der Gedanke einer zielstrebigen, tatkräftigen Sozialpolitik größten Umfangs immer mehr zur Geltung, und überall, in dem einen Lande früher, in dem andern später, traten sozialpolitische Bestrebungen des Staates zutage. Man wollte mit Hilfe gesetzlicher Bestimmungen und Strafdrohungen die überlange Arbeitszeit verkürzen, die Arbeitsbedingungen in gesundheitlicher Beziehung verbessern und die Arbeiterkraft gegen die wirtschaftlichen Folgen von Krankheit, Unfall, Alter und Arbeitslosigkeit sichern. Daß hierin in den letzten Jahrzehnten vieles, wenn auch noch längst nicht genug, geleistet worden ist, kann nicht bestritten werden; doch darf dabei nicht übersehen werden, daß alle diese sozialpolitischen Maßnahmen gegen den heftigen, zähen Widerstand der Unternehmer durchgesetzt worden sind, die in der Sozialpolitik eine schädliche Belastung, wenn nicht gar den Ruin ihres wirtschaftlichen Lebens erblickten.

Natürlich bewegte sich die Sozialpolitik zunächst in nationalem Rahmen, insofern jedes Land selbständig voringing; allmählich gewann aber der Gedanke an Boden, daß der Arbeiterjug international, das heißt, durch Vereinbarungen zwischen den einzelnen Ländern, betrieben werden müsse. Besonders die Arbeiterorganisationen erhoben diese Forderung, und auch sozial empfindende bürgerliche Kreise stimmten ihr zu. Die Internationalität der Sozialpolitik, die bereits lange vor dem Weltkriege zu einem allgemein anerkannten Grundsatz geworden war, darf auch in der künftigen Friedenszeit nicht aus dem Auge gelassen werden. Mit Recht haben die deutschen Gewerkschaften in ihrer bemerkenswerten Denkschrift die Notwendigkeit betont, beim Abschluß der Friedensverträge den Arbeiterjug international zu regeln, und die Gesellschaft für soziale Reform hat sich auf den gleichen Standpunkt gestellt. Erworbene hat auch das Deutsche Komitee für internationale Sozialversicherung, deren Vorsitzender Graf Poladomsky ist, dieselbe Forderung gestellt und sie folgendermaßen begründet:

Bei so starker Belastung des deutschen Wirtschaftslebens wird dessen Wiederherstellung nach dem Kriege sich um so schwieriger gestalten, je größer der Abstand zwischen den sozialpolitischen Aufwendungen Deutschlands und denen des Auslandes im internationalen Wettbewerb sich gestaltet. Dieser Abstand vor schon vor Kriegsausbruch ein ganz erheblicher, da die andern Staaten dem Vorgehen Deutschlands nur zögernd gefolgt und zum Teil hinter dem deutschen Vorbilde weit zurückgeblieben waren. Hiernach liegt es ebenjenseitig im Interesse der allgemeinen Kulturfortschritt wie im besonderen Interesse Deutschlands, rechtzeitig Vorstöße dahin zu treffen, daß in der einschlägigen Gesetzgebung der verschiedenen Staaten möglichst Gleichwertiges und damit die Vorbereitung für ein Gegenseitigkeitsverhältnis geboten wird.

Bemerkenswert ist die Stellung, die die deutsche Unternehmerpresse zu dieser Forderung einnimmt. Sie verhält sich nicht geradezu ablehnend, meint aber, daß das Ausland sich auf nichts einlassen werde. Mit Forderungen allgemeiner Art sei hier nichts getan, und bindende Abmachungen zu treffen, sei völlig ausgeschlossen. Man könne doch unmöglich glauben, daß unsere bisherigen Feinde sich entschließen würden, sich die deutsche Sozialpolitik zum Muster zu nehmen und in ihren vollen Umfange einzuführen, und zwar zu dem Zwecke, die Konkurrenzfähigkeit Deutschlands auf dem Weltmarkt erleichtern zu helfen. Daran könne kein vernünftiger Mensch glauben, der wisse und beobachte, mit welchen Mitteln unsere Feinde den wirtschaftlichen Kampf während des Krieges gegen uns geführt haben, und er recht nach dem Kriege mit doppelter Kraft führen wollen. Man müsse deshalb in Deutschland erst einmal erwarten, was das Ausland auf dem Gebiete des Arbeiterjuges tatsächlich unternehmen werde. Daraus wird die Forderung gezogen, daß Deutschland mit dem Ausbau und der Erweiterung der Sozialpolitik einseitig fortfahren müsse. Es sei durchaus unnötig, in der Übergangszeit nach dem Kriege noch mehr Sozialpolitik als vorher betreiben zu wollen; Deutschland habe gerade genug geleistet, und habe alle Veranlassung, nunmehr auch an seine eigenen Interessen, das heißt an die Interessen des Unternehmertums) zu denken. Wie es in der Denkschrift der Vereinigung deutscher Arbeitgeberverbände richtig heißt, daß unangenehme Ausdehnungen und Neuerungen auf dem Gebiete der Sozialpolitik auf absehbare Zeit zu vermeiden sind, weil unter Wirtschaftswesen diese Lasten einfach nicht zu tragen vermögen. Man dürfe aber keine Panikpolitik treiben, man müsse sich vielmehr auf das Erreichbare beschränken.

Der Standpunkt des Unternehmertums gegenüber der Weiterentwicklung des Arbeiterjuges birgt eine große Gefahr für die Arbeiterjug. In der Welt aussergewöhnlicher Weise will man die Entwicklung der deutschen Sozialpolitik vor dem abhängigen machen, was die andern Länder tun. Erst wenn diese etwas wirklich Erhebliches leisten, will man auch bei uns in Deutschland die Karte weiterziehen, und da man voraussetzt — und auch wohl erhofft —, daß dort nichts geschieht, will man auch hier bei uns die Sozialpolitik zum Stillstand bringen. Dagegen muß sich selbstverständlich die deutsche Arbeiterjug mit aller Entschiedenheit wehren. Sie darf keinesfalls zugeben, daß der internationalen Arbeiterjug als Mittel genommen wird für unsere nationalsozialistische Tätigkeit. So notwendig und wünschenswert auch die Verbesserung und Fortsetzung der internationalen Sozialpolitik ist, so dürfen wir darüber nicht vergessen, daß unsere Sozialpolitik an sich für sich eine unabwendbare Notwendigkeit ist. Wir gebrauchten nach dem Kriege noch viel längerer als vorher eine Anspannung aller Kräfte zur Bewahrung unseres Reiches. Der Kampf der wirtschaftlichen Schwächen gegen die schädlichen Einwirkungen der kapitalistischen Wirtschaftsweise und ihre Überwindung gegen die Beschleife ihres Daseins, die Bekämpfung der Kapitalgier und die Stärkung aller Volkskräfte, die Verfolgung dieser Ziele und Länder im Interesse der Wiederherstellung unseres sozialen Reichtums, die sorgsame Schirmung der noch

vorhandenen Reichtums, und die Erziehung eines tüchtigen Nachwuchses, alle diese sozialpolitischen Aufgaben sind durch den Krieg nicht etwa zurückgedrängt, sie sind vielmehr erst recht in den Vordergrund gedrückt worden. Und da wollte man den Willen zur Sozialpolitik bestimmen, auf daß ihn aufzuweichen bezeugt, seine Pflicht zu tun? Wenn das deutsche Unternehmertum seine Gegenpartei gegen eine Weiterführung unserer Sozialpolitik mit den hohen Kosten und der Frucht vor der Konkurrenz des Auslandes begründet, so ist diese Begründung ganz offenbar eine irrige. Die gewaltigen erschreckenden und durchaus nicht leicht aufzubringenden Kosten bedeuten lediglich einen Vorstoß auf künftige Leistungen; sie sind weiter nichts, als ein Kapital, das zur Verbesserung eines Betriebes aufgewendet wird, und später reiche Zinsen bringt. Wie ein Wald unter Aufwendung großer Kosten aufgeföhrt, wie ein Ackergut melioriert wird, so muß auch unser Volkstümper mit peinlicher Sorgfalt aufgeföhrt und mit neuem Blute erfüllt werden. Der Erfolg wird den Aufwand reichlich lohnen. Dabei haben wir die Konkurrenz der andern Länder durchaus nicht zu fürchten. Eine gute Sozialpolitik macht ein Volk leistungsfähig und gibt ihm die Möglichkeit, mit andern Völkern auf dem Weltmarkt erfolgreich zu konkurrieren.

Korrespondenzen.

Düsseldorf. Mit den Firmeninhabern der hiesigen Marmorindustrie fanden in der letzten Zeit wiederholt Verhandlungen bezüglich des Abschlusses eines neuen Arbeitsvertrages statt. Verhandlungsleiter war Herr Meindorus, Vorsitzender des Bezirksverbandes VI des Deutschen Steinindustriellenverbandes. Kollege Herrmann gab den Kollegen in der am 28. Juli auf besuchten Versammlung Bericht über die Schlussverhandlungen. Eine Einigung sei auf folgender Basis erzielt worden: Marmor- und Granithauer sowie Steinmetzen erhalten ab 1. August einen Minimalstundenlohn von 1.40 M., Polier eine solchen von 1.35 M. Für Arbeiten an Bauten wird eine Bauzulage von 5 Pf. pro Stunde bezahlt. Der Zuschlag für Ueberstunden beträgt 10 Pf. Für Nacharbeit und Sonntagsarbeit 50 Prozent. Wenn im Accord gearbeitet wird, dann gelten die Sätze des Düsseldorf Tarifes mit einem Zuschlage von 100 Prozent. Die Arbeitszeit beträgt für Steinmetze 9 Stunden und für die Kollegen der Marmorbranche 9 1/2 Stunden täglich.

Weiter machte Kollege Herrmann noch Mitteilungen über die Verhandlungen zur Schaffung des Bezirksrates für den rheinisch-westfälischen Industriebezirk. Die Löhne wie in Düsseldorf sollen für den ganzen Bezirk Geltung haben. Von den anderen Kommissionsmitgliedern werden noch die Ausführungen ergänzt. Die Diskussion war recht lebhaft. In Anbetracht der so enorm gestiegenen Lebensunterhaltungskosten sehen die Kollegen in den neuen Vereinbarungen einen Ausgleich und stimmten demselben zu. Kollege Wintermann, welcher den Vorsitz führte ermahnte die Kollegen, auch fernerhin der Organisation die Treue zu bewahren.

Heppenheim. Der Steinhauer Karl Furrner, f. u. f. Offiziers-Stellvertreter, Inhaber der Tapferkeitsmedaille in Silber I. und 2. Klasse, der Verdienstmedaille und des Karlsruher Kreuzes ist als Unfallverletzter an der italienischen Front von einem Volltreffer getötet worden. Die Kollegen der Zählstelle Heppenheim werden diesem trügerischen Verbandsmitglied stets ein ehrendes Andenken bewahren.

München. In der am 10. August im Restaurant Müllerbad ausgeführt besuchten Versammlung gab nach üblicher Ergründung des auf dem Felde der Ehre gefallenen Kollegen Kaver Käfer (junior) und hier an Schlaganfall verstorbenen Kollegen Karl Dejele, Kassierer Quartier einen ausführlichen Bericht über die Ein- und Ausgaben des 2. Quart. Die Revisoren Berger und Weidenhammer bestätigten, daß Bücher und Kasse in bester Ordnung befanden wurden. Beim 2. Punkt wies der Vorsitzende auf die während des Krieges sich immerwährend steigende Teuerung der Lebensmittel, sowie aller notwendigen Bedarfsartikel hin. Wenn nun die Kollegen von Friedenszeiten her noch mit Kleidung, Schuhwerk und die zum Haushalt notwendige Wäsche versorgt waren, so wäre dies jetzt aufgebraucht und die Erziehung hierfür bei der jetzigen Entlohnung nicht mehr zu erschwingen. Ebenso sei es mit der Ernährung. Gerade die Steinarbeiter, die nachgewiesenerweise zu 85 Prozent der Berufslosigkeit (Lungenleiden) erliegen, haben bei der Unterernährung am meisten zu leiden und ist es ihnen nicht möglich, durch die niedrige Bezahlung marktfreie, teure Lebensmittel zu beschaffen.

In der folgenden, sehr erregten, doch sachlichen Diskussion wurde betont, daß die Steinarbeiter sich in der größten Notlage befinden und eine Erhöhung der Teuerungszulage sofort notwendig sei. Diefelbe müßte der Zeit entsprechend mit dem tariflichen Lohn 1.50—2 M. pro Stunde betragen, um einigermaßen einen Ausgleich mit der Teuerung herzustellen. Die Versammlung nahm nun folgende Resolution an: "Die immer mehr steigende Verteuerung aller notwendigen Lebensmittel und Gegenstände des täglichen Bedarfs machen es notwendig, eine dementsprechende Erhöhung der Teuerungszulage zu fordern. Die Vorstandschaft wird beauftragt, sofort mit den Arbeitgeberern in Verhandlung zu treten, eine baldmöglichste Erledigung mit allem Nachdruck herbeizuführen und die Rückwirkung der erhöhten Zulage bis 1. Juli 1918 zu beantragen."

Am 3. Punkt, betriebs Arbeitsvermittlung am Ort, wurde auf die Schwierigkeit derselben hingewiesen. Die Kollegen sind der Meinung, daß hier nur ein partieller Arbeitsnachweis wertvoll sei und es sei höchst bedauerlich, daß sich die Arbeitgeber fortwährend dagegen sträubten. Ferner wurde voreit von einer örtlichen Beitragserhebung Abstand genommen, bis der Entwurf der Statute bekannt ist. Eine Anregung des Vorsitzenden, zur nächsten Versammlung auch die uns noch fernstehenden Kollegen einzuladen, wurde für gut befunden. Nach einem Schlusswort desselben, unausgesetzt für den Verband zu agitieren und treu in dieser schweren Zeit zusammenzuhalten, schloß er die schon verlaufene Versammlung.

Rundschau.

Karl Sieber gefallen.

An der Westfront fiel vor kurzem Kollege Karl Sieber durch einen Volltreffer. Sieber war von 1912 ab ehrenamtliches Mitglied des Verbandsvorstandes und vertrat die Gruppe der Marmorarbeiter. Er stand seit Kriegsbeginn bei einem Feldartillerieregiment und tat als Ordnungsdienst. Der auf dem Schachfeld Gefallene stand im 35. Lebensjahre. Der so jäh ums Leben Gefommene war ein sehr liebenswürdiger Mensch und eifriger Verbandskollege. Innerhalb des kurzen Zeitraumes von 8 Wochen hat unter Verbandsvorstand nun zwei Mitglieder verloren, neben Karl Sieber bekanntlich auch noch den Kollegen Ulbrich. Der Verbandsvorstand wird beiden ein ehrendes Andenken bewahren.

Ein neuer Provinzialverband. Der Basaltbruch in Ostfriesland wurde auf längere Zeit von der Provinz Westpreußen gepachtet. Es werden dort Schotter und Pflastersteine hergestellt. Der Betrieb soll im großen Maßstabe in Gang gebracht werden. Die beschäftigten Kollegen, welche alle unserem Verbande angehören, sind herzlich froh, daß der ehemalige Bäcker Herr Krage keine Strafe gezogen ist. Dieser Herr hatte absolut kein Arbeiterwohlfühlen. Die Provinz Westpreußen hat bereits den Herrn Bundesbauinspektor Freybeil beauftragt die Arbeits- und Lohnverhältnisse in Ostfriesland zu regeln. Wir haben Herrn Freybeil bei den zweimaligen Verhandlungen in Striegau als einen gerechten, sozial fühlenden Herrn kennen gelernt, und es ist anzunehmen, daß die neuen Abmachungen für die Kollegen in Ostfriesland günstig sein werden.

Der Spremberger Spezialsteinbruch wurde wieder eröffnet. Es haben sich einige Herren der Oberkasseler Schleifindustrie zusammengefunden um den Steinbruch rationell zu betreiben. Indem aus Schweden keine Kalkgranite eingeführt werden dürfen, haben eben die Unternehmer zu diesem Ausnahmefall gegriffen. Natürlich kann gar keine Rede sein, daß durch die Ausbeute etwa der Bedarf für die deutschen Schleifereien gedeckt werden kann.

Briefkasten.

H. in Berlin. Am Ende des Monats kam die Forderung zu folgen. Für das übrige haben wir bereits dankbar dankbar (Westfront). Leider nicht eingetroffen. Schade für die wertvollen Mitteilungen. B. Gr. — Beuga, R. findet demnach keine Erleichterung im allgemeinen der Erörterung unterzogen. — Senft. Wenn die Behauptung beweisen müßte, dann ist er von vornherein geklärt nicht ihm auch die angeblende Unterstützung des Herrn Z. nicht. Was der Genannte sagt, ist bide Phantasie. — L. in A. — Ich ist der günstige Augenblick gekommen. Das "Barten" müßte auch verstanden sein. B. Gr. — Kriegslandwörter. — Angegebenen Falle ist eine Abfindung sehr wohl möglich.

Abwesenänderung.

Zinzain. Kassierer: Hermann Mentisch.

Vorstandsbekanntmachung.

Die 4. Teuerungszulagenbewegung ist, wie aus Artikel an leitender Stelle des "Steinarbeiters" vorgeht, eingeleitet. Die Zahlstellenverwaltungen sind sich sogleich mit den Herren Unternehmern insvernehmen zu setzen. Anschriften an die Unternehmer mit einer dementsprechenden Begründung, sind in Verbandsvorsitz einzufordern. Für Zahlstellen kleinen Mitgliedschaften, sowie für Einzelzahler, die Forderung von hier aus vertreten.

Anzeigen.

Bei Arbeitsangeboten dürfen wir Hinweise Arbeitszeit, Lohn und eventuelle Verpflegung nicht bringen. Dieses den Herren Inserenten zur Kenntnisnahme.

Berlin.

Sonntag, den 18. August 1918, vormittags 10 Uhr Mitglieder-Versammlung aller Branchen. Im Gewerkschaftshaus, Engelauer Nr. 15, Saal. Tagesordnung: 1. Abrechnung vom I. Quartal. 2. Der 6. ununter Frauenbewegung. 3. Verschiedenes. Die Kolleginnen Kollegen aller Branchen sind dringend eingeladen. Um pünktlich Erscheinen ersucht. Die Ortsverwaltung.

Suche für mein Grabsteingeschäft für sofort Fachmann. Geschäftsführer. Verkehr mit Kundschaft nötig. Kriegstino. bevorzugt. Schnelligkeit. Gehaltsanprüchen an. G. Raff, Davel (Gr. Oldenburg).

Suche für bauern zum baldigen Antritt. 1 Steinmetzen für alle Grabsteinarbeiten, welcher auch Schriftzeichen kann. 2 Steinmetzen für Sandstein-Bauarbeiten. Albert Schubert, Waldenburg (Schlesien).

Steinmetzen für Sandstein und Muschelkalkstein, 1 Marmorarbeiter für massive Arbeit, 1 Granithauer und 1 Schrifthauer stellt ein. Emil Schober, Steinmetzgeschäft, Halle a. d. Mansfelderstraße 52.

1 tüchtiger Steinmetz auch Kriegsbeschädigter, kann sofort eintreten. Riemer & Schutze, Nordhausen.

Tüchtige Steinmetze auf Kunststeine und Zementarbeiter werden für sofort gesucht. C. Wachter, Indersdorf (Oberbayern).

Einen Steinmetzen für Grabdenkmäler stellt sofort ein. O. Staudte, Halle a. d. Saale.

Im Felde gefallen.

Sind nachstehende Kollegen: Josef Eirich, 32 Jhr. alt, aus der Zählstelle Berlin. August Euler, 37 Jhr. alt, aus der Zählst. Pögnitz. Johannes Günther, 26 Jhr. alt, aus d. Zählst. Cassel. Rudolf Kräcker, 28 Jahre alt, aus der Zählstelle Strehlen (Schl.). Johann Lauterbach, 44 Jhr. alt, a. d. Zählst. Bernsdorf. Karl Lippert, 20 Jhr. alt, aus der Zählst. Leipzig I. Friedr. Bernhard Morke, 80 Jahre alt, aus der Zählstelle Dresden-Birna. Johann Schmalzer, 34 Jhr. alt, a. d. Zählst. Rammstedt. Josef Störmer, 43 Jahre alt, aus der Zählstelle Flagwitz-Löwenberg. Ehre ihrem Andenken! (Wir erlauben die Vertrauensleute, daß auch bei der Meldung über die im Felde Gefallenen das Todesanzeugungsformular ausgefüllt wird.)

Gestorben.

(Unter dieser Rubrik werden nur diejenigen Sterbefälle veröffentlicht für die die Todesanzeigen zur allgemeinen Statistik entgeltlich werden.) In Leipzig I am 3. August der Sandsteinmetz Ka. Böttke, 57 Jahre alt, an Lungentuberkulose. In Pilsgrammsreuth am 20. Juli der Granitbrecher Andreas Kistner, 65 Jahre alt, an Schlaganfall. Ehre ihrem Andenken!

Verantwortlicher Redakteur: Alois Staudinger, Berlin. Paul Starke, beide in Leipzig. Rotationsdruck der "Freien Presse" Leipzig, Königstraße.